



Michael Scheffler

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Rede zum Haushalt 2012 - Teilbereich Soziales

Plenarsitzung am 8.11.2012

Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten arbeiten für ein solidarisches und soziales Nordrhein-Westfalen.

Wir treten ein für ein soziales Fundament, das die Bürgergesellschaft, die darauf gründet, auch trägt. Dabei arbeiten bei uns in Nordrhein-Westfalen ganz viele Menschen mit: die Wohlfahrts- und Sozialverbände, die Kirchen, die Gewerkschaften und viele ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft ärmer.

Den vielen Frauen und Männern, die sich haupt- und ehrenamtlich in den unterschiedlichen Sozialbereichen betätigen, sind wir alle zu großem Dank verpflichtet. Ohne sie können und wollen wir in Nordrhein-Westfalen auch keine Sozialpolitik gestalten.

Meine Damen und Herren, am 31. Oktober hat uns Minister Schneider im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales darüber informiert, dass von den Geldern, die der Bund für das Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung stellt, etwa 51,8 % abgeflossen sind. Das ist uns in der Tat viel zu wenig. Aber ich sage Ihnen auch: Wenn das Ministerium nicht eine so gute Arbeitshilfe entwickelt hätte, wäre diese Zahl noch geringer ausgefallen.

Meine Damen und Herren, diese Zahl zeigt uns eines auch ganz deutlich: Das Bildungs- und Teilhabepaket hat erhebliche Webfehler. Ich habe gelesen, dass Herr Preuß als sozialpolitischer Sprecher die Schuld für den geringen Mittelabfluss dem Ministerium ans Knie nageln wollte, wie man so schön sagt.

Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren: Was soll das MAIS in Düsseldorf an einem schlechten Berliner Gesetz ändern? Da gibt es nicht viel zu ändern.

Da gibt es höchstens eine generelle Revision. Ich sage ganz deutlich: Dieses Bildungs- und Teilhabepaket ist zu kompliziert, ist bürokratisch und praxisfern.

Den Kindern wird trotz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes Geld vorenthalten. Ich sage – wie ich schon häufig hier im Haus gesagt habe –: Es wäre viel besser, dieses Geld in die Infrastruktur, an die Einrichtungen und Schulen und Kindertageseinrichtungen zu geben. Dass dies der richtige Weg ist, wird auch dadurch deutlich, dass die Anteile für Lernförderung bei 6,1 % und kulturelle Teilhabe

bei 6,4 % liegen. Meine Damen und Herren, auch hier wird Kindern Geld vorenthalten, das vom Bundesverfassungsgericht vorgesehen war.

Ich sage Ihnen: Wir treten als SPD ganz klar dafür ein, dass Familien und Kinder nicht zu Bittstellern gemacht werden, sondern wir fordern eine dauerhafte Absicherung. Deshalb werben wir sehr nachhaltig für eine Kindergrundsicherung, die den Familien eine solide und verlässliche Einkommensbasis bietet.

Ich sage auch, meine Damen und Herren: Die Schulsozialarbeiter, die im Kompromiss beim Bildungs- und Teilhabepaket verabredet worden sind, müssen auch über das Jahr 2012/2013 hinaus fortfinanziert werden, weil die an den Schulen eine gute Arbeit leisten. Auf die dürfen und können wir nicht verzichten, wenn wir etwas Gutes für die Zukunft unserer Kinder tun wollen.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen als SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich, dass die Landesregierung ein Handlungskonzept zur Bekämpfung der Armut erarbeiten wird. Der Landessozialbericht hat in der Tat deutlich gemacht, dass es auch in Nordrhein-Westfalen eine hohe Armutsgefährdung gibt, 2,8 Millionen einkommensarme Menschen, darunter 643.000 Jugendliche. Die Kollegin Middendorf hat eben gesagt, in Nordrhein-Westfalen fehlen Konzepte. Ich sage Ihnen:

Nordrhein-Westfalen ist keine Insel. Der Hauptgrund für Armut sind nach wie vor geringe Löhne und prekäre Beschäftigung. Deswegen wollen wir als SPD einen flächendeckenden Mindestlohn, von dem die Menschen leben können. Ich fordere Sie auf: Machen Sie das endlich auf Bundesebene mit! Dann geht es nämlich vielen Menschen, die arm sind, besser, Meine Damen und Herren.

Wer Armut nachhaltig bekämpfen will, der muss früh ansetzen. Zentrales Instrument zur Armutsbekämpfung ist die Bildung. Mit unserer Politik mit dem präventiven Ansatz ermöglichen wir gleiche Bildungschancen für alle. Beitragsfreiheit in der Kita, Ganztagschulen, verbesserter Übergang von Schule und Beruf und ein gebührenfreies Studium gehören dazu.

In Bildung für alle zu investieren ist, meine Damen und Herren, die beste Armutsprävention. Diesen politischen Weg werden wir auch in den kommenden Jahren weiter gehen. Ich hoffe, dass wir auch im Bund Mehrheitsverhältnisse bekommen, die uns auf diesem Weg deutlich und klar unterstützen werden.

Meine Damen und Herren, damit unterscheiden wir uns auch ganz klar von der Politik von Frau von der Leyen, die in Sonntagsreden die Altersarmut beklagt und werktags die Minijobs auf 450 € anhebt. Damit erhöht sie das Armutsrisiko insbesondere für Frauen. Minijob heißt dann nämlich auch Minirente.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema wird uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen. Das ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Dies betrachten wir als eine Querschnittsaufgabe.

Inklusion kann nicht verordnet werden, sondern muss auf allen Ebenen – in Bund, Ländern und Kommunen – Thema sein. Sie gehört in die Mitte der Gesellschaft.

Gemeinsam mit den Betroffenen und den Verbänden der Menschen mit Behinderung wollen wir aus dem Nebeneinander ein Miteinander machen. Ich fordere alle hier im

Hause auf, dabei mitzutun und uns dabei zu helfen.

– Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.